

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

68. Ministerrat

28. Juli 2021

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Tirol vom 25. Juni 2021, mit dem eine Entschließung vom 20. Mai 2021 betreffend „Regionale Redaktionen absichern: Privatrundfunkfonds aufstocken“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 30. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 24. Juni 2021 betreffend „praktikable Corona-Regeln für Kärntner Frei- und Strandbäder für die Sommersaison 2021“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 30. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 24. Juni 2021 betreffend „Wasserzählertausch: Weniger Aufwand für die Gemeinden und weniger Kosten für die Kärntner Bürger durch Erhöhung der Nacheichfrist bzw. der Austauschpflicht auf zumindest 10 Jahre“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 30. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 24. Juni 2021 betreffend „effiziente Corona-Hilfe für Kärntner Gemeinden“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „Soforthilfepaket für Alleinerzieherinnen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „24-Stunden-Selbstbedienungsläden für regionale landwirtschaftliche Produkte“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „Schluss mit den Morden an Frauen durch Männergewalt“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „weiteren Ausbau von Photovoltaik im Burgenland“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „zusätzliche Kapazitäten im öffentlichen Nahverkehr“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 6. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 1. Juli 2021 betreffend „Blackout-Gesamtstrategie „Bund-Land-Gemeinde-Haushalt“ vorgelegt wird.

11. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 7. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 28. April 2021 betreffend „Verantwortungsgarantie für heimische Klein- und Mittelbetriebe sowie Ein-Personen-Unternehmen“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 12. Juli 2021, mit dem eine Entschließung vom 9. Juni 2021 betreffend „Obst essen, Wasser trinken, Müll vermeiden und trennen – Schule ist Vorbild!“ vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 30. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „Sonderjubiläen im Kulturbereich; Unterstützungsmaßnahmen des Bundes für die Bundesländer im Zusammenhang mit Sonderjubiläen“ vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 30. Juni 2021, mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2021 betreffend „Steueranreize für die internationale Film- und Fernsehproduktion in Österreich“ vorgelegt wird.
15. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 1. Juli 2021, mit dem der Antrag Nr. 65 – „Ja zur Einbürgerung hier geborener/aufgewachsener Kinder“ vom 27. Mai 2021 vorgelegt wird.
16. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 2. Juli 2021, mit dem der Antrag Nr. 61 – „Die Folgen der Coronakrise für Frauen“ vorgelegt wird.
17. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 5. Juli 2021, mit dem eine Entschließung der Vollversammlung vom 5. Juli 2021 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
18. Schreiben der Pinzgauer Bürgermeister*innen-Konferenz vom 28. Juni 2021, mit dem eine Resolution vom Mai d.J. betreffend „Steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an Gemeinden“ vorgelegt wird.
19. Schreiben der Bürgermeisterin von Vöcklabruck vom 8. Juli 2021, mit dem eine Resolution vom 5. Juli 2021 betreffend „Finanzierung des Schulbuches des 21. Jahrhunderts (Tablets und Notebooks)“ vorgelegt wird.
20. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 3. Juli 2021, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2021 betreffend „Villach setzt auf Hofläden“ vorgelegt wird.
21. Schreiben von vier Gemeinden (Gars am Kamp, Reisenberg, Wilhelmsburg, St. Pölten), mit denen Resolutionen betreffend „Kampf gegen die Plastikflut“ vorgelegt werden.
22. Schreiben des Bürgermeisters von Baden vom 2. Juli 2021, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2021 betreffend „Aufhebung des De-Facto-Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer“ vorgelegt wird.
23. Schreiben des Bürgermeisters von Baden vom 2. Juli 2021, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2021 betreffend „Top Jugend Ticket für Student:innen“ vorgelegt wird.

24. Schreiben des Bürgermeisters von Baden vom 30. Juni 2021, mit dem eine Resolution vom 22. Juni 2021 betreffend „Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zum Nachweis der Kausalität bei der nicht erfolgten Beseitigung von Hundekot“ vorgelegt wird.
25. Schreiben des Bürgermeisters von Haslach a. d. Mühl vom 18. Juni 2021, mit dem eine Resolution betreffend „Menschlichkeit – Kinder verdienen unseren Schutz“ vorgelegt wird.
26. Schreiben des Bürgermeisters von Götzis vom 1. Juli 2021, mit dem ein Beschluss vom 31. Mai 2021 betreffend „Verbesserung der Situation von Flüchtenden“ vorgelegt wird.
27. Schreiben des Bürgermeisters von Laterns vom 5. Juli 2021, mit dem eine Resolution vom 30. Juni 2021 betreffend „Aufnahme von geflüchteten Menschen in unserem Land“ vorgelegt wird.
28. Schreiben von vier Gemeinden (Neckenmarkt, Deutschkreutz, Lackendorf; Nikitsch) vom 28. Juni 2021, mit dem eine Petition betreffend „Verlängerung der A3 bis zur österreichischen-ungarischen Staatsgrenze“ vorgelegt wird.
29. Schreiben von zwei Gemeinden (Reisenberg, Völs), mit denen Resolutionen betreffend „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“ vorgelegt werden.
30. E 194-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2021 betreffend „Unterstützung klimarelevanter Arbeitsstiftungen“ (Wortlaut siehe Beilage).
31. E 195-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2021 betreffend „Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der Alm- und Weidewirtschaft“ (Wortlaut siehe Beilage).
32. E 196-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2021 betreffend „Welterbe im Denkmalschutzgesetz“ (Wortlaut siehe Beilage).
33. E 197-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2021 betreffend „Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote in börsenorientierten Unternehmen“ (Wortlaut siehe Beilage).
34. 350/E-BR/2021 vom 15. Juli 2021 betreffend „keine Verzögerung in der Umsetzung der Autobahnen- und Schnellstraßenprojekte“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 7. Juli 2021

betreffend Unterstützung klimarelevanter Arbeitsstiftungen

Die Bundesregierung, insbesondere die Minister für Arbeit sowie die Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie werden ersucht, sicherzustellen, dass zu den bereits budgetierten Mittel zusätzliche 20 Millionen Euro zur Förderung von klimarelevanten Arbeitsstiftungen in den Bereichen Umwelt sowie Verkehr bereitgestellt und, sofern entsprechende Vereinbarungen der Sozialpartner zu Stande kommen, auch eingesetzt werden.

Entschließung

des Nationalrates vom 7. Juli 2021

betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der Alm- und Weidewirtschaft

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus werden angesichts der aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit den großen Beutegreifern ersucht, Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der österreichischen Alm- und Weidewirtschaft zu setzen.

Zudem sollen folgende Anstrengungen im Österreich-Kompetenzzentrum Bär, Wolf, Luchs verstärkt werden:

- Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern (zB. Wolfsmanagement und Herdenschutz)
- Wissens- und Erfahrungsaustausch mit den österreichischen Nachbarstaaten
- Länderübergreifendes Monitoring im Alpenraum
- Erarbeitung von wissenschaftlich fundierten und praxistauglichen Kriterien zur Anwendung von Herdenschutzmaßnahmen
- Strategische Beteiligung an EU-finanzierten Projekten zum Thema Wolfsmanagement und Herdenschutz (LIFE-Projekte)

Entschließung

des Nationalrates vom 8. Juli 2021

betreffend Welterbe im Denkmalschutzgesetz

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Entsprechung der Empfehlungen des ‚Heritage Impact Assessment‘ gesetzlich dafür Sorge zu tragen, dass das UNESCO-Welterbe als Bestandteil öffentlichen Belangs im österreichischen Denkmalschutzgesetz oder in anderer geeigneter Weise, etwa durch ein eigenes Welterbegesetz, Eingang findet. Darüber hinaus sollen unter Einhaltung der bestehenden Kompetenzverteilung die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Stärkung des Umgebungsschutzes, der aktiven Anwendung des Ensembleschutzes, des Schutzes von kulturhistorisch bedeutenden Sichtachsen, sowie der Erhaltungspflicht von Denkmalen dahingehend ergänzt werden, dass koordiniert durch das Bundesdenkmalamt den Anforderungen der UNESCO-Welterbekonvention entsprochen werden kann.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 8. Juli 2021

betreffend „Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote in börsennotierten Unternehmen“

Die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration werden ersucht, im Rahmen einer Studie den Frauenanteil mit dem Fokus auf börsennotierte Unternehmen sowohl in Österreich als auch in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu beleuchten und diese anschließend dem Nationalrat zuzuleiten. Im selben Rahmen soll untersucht werden, welche Maßnahmen und Anreize in den verschiedenen Staaten spezifisch zur Erhöhung dieses Frauenanteils in Führungspositionen gesetzt wurden und welche Folgen die entsprechenden Bestimmungen nach sich ziehen. Diese Studie soll der Bundesregierung mögliche Handlungsoptionen samt Prognose des zu erwartenden Effekts auf die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen aufzeigen.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 15. Juli 2021 betreffend keine Verzögerung in der Umsetzung der Autobahnen - und SchnellstraÙenprojekte

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 8. Juli 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das BundesstraÙengesetz 1971 geändert wird (936 d.B. und 998 d.B. sowie 10712/BR d.B.)

„Die Bundesregierung, insbesondere die zuständige Bundesministerin Leonore Gewessler wird aufgefordert, die an den Vorstand der ASFINAG am 29.06.2021 erteilte Eigentümer-Weisung, die einen Umsetzungsstopp für alle sehr wichtigen Projekte auf Autobahnen und SchnellstraÙen bedeutet, sofort zurückzunehmen und zu ersuchen, dass angesichts der dramatischen Situation für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dringende Schritte zur Beschleunigung der Umsetzung der im BundesstraÙengesetz festgelegten Projekte auf Autobahnen und SchnellstraÙen umgesetzt werden.“